

vorwärtsEXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES BADEN-WÜRTTEMBERG

BADEN-WÜRTTEMBERG

SPD

BÜRGERNÄHE IM MITTELPUNKT

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

Gut drei Wochen nach dem 7. Juni bleibt das Ergebnis des Wahlsonntags für die SPD im Land durchwachsen. Der erhoffte Rückenwind durch die Europawahl ist ausgeblieben. Trotz eines unermüdlichen Wahlkampfes unserer Europakandidatinnen und -kandidaten mit Evelyn Gebhardt an der Spitze blieb Europa bundesweit für viele zu abstrakt und weit weg. Bei der Kommunalwahl sind wir in Baden-Württemberg in der Fläche stabil geblieben. In einigen Gemeinden und (Klein-)Städten haben wir sogar zugelegt. Besonders positiv sind dabei jene Kommunen aufgefallen, in denen wir eigene Oberbürgermeister oder Oberbürgermeisterinnen haben, die mit „ihrer“ Fraktion gut zusammenarbeiten. Das ist sehr erfreulich und es tut gut, wenn die erfolgreiche Arbeit vor Ort honoriert wurde.

Diese Honorierung ist in den großen Städten leider vielerorts ausgeblieben – und das nicht nur in Baden-Württemberg. Insbesondere die Grünen sind hier zum Teil äußerst erfolgreich gewesen; zu Lasten der SPD (und auch zu Lasten der CDU). Ein Glückwunsch geht nach Mannheim, wo die SPD die Position als stärkste Partei zurückerobert konnte, aber auch nach Freiburg, wo die SPD wieder Terrain von den Grünen zurückerobert hat. Herzlich-



chen Dank an alle Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer im Land, herzlichen Dank an alle kommunalpolitisch Engagierten!

Kampf um Milieus aufnehmen

Was folgt nun? Wir müssen vor Ort weiter dranbleiben, profilierte Persönlichkeiten mit sozialdemokratischer Politik zu verknüpfen. Wir müssen es im Land besser schaffen, unsere traditionelle Anhängerschaft zu mobilisieren. Der eindeutige Einsatz für den Erhalt von Arbeitsplätzen ist dabei wichtigste Voraussetzung. Arbeit, Ausbildung und Bildung sind die zentralen Themen. Und wir müssen in den Städten den Kampf um die neuen Milieus offensiver aufnehmen und bei dieser Öffnung gerade auch junge Leute mit einbeziehen. Direkt auf Menschen zugehen, sie zum Mitmachen einladen, ansprechen und nicht warten, bis sie – vielleicht – zu unseren Veranstaltungen kommen. Der Sommerwahlkampf ist die richtige Zeit um rauszugehen. Dort, wo was los ist, wollen wir präsent sein.

Gerade bei der bevorstehenden Bundestagswahl wird es darauf ankommen, zu zeigen, dass wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten näher an der Lebenswirklichkeit der Menschen sind. Es ist die Sozialdemokratie, die das Gemeinwohl im Auge hat und nicht nur einzelne Wählerklientele bedient oder populistische Scheinlösungen anbietet. Wir stehen für eine Soziale Marktwirtschaft, in der das Erwirtschaftete dem ganzen Volk zu Gute kommt. Die marktradikale Ideologie, die uns die Krise eingebrockt hat, kann schließlich nicht die Lösung bringen – so hat es Frank-Walter Steinmeier richtig auf den Punkt gebracht.

Aufbruch zur Bundestagswahl

Vor zwei Wochen haben wir auf unserem Bundesparteitag einstimmig unser Regierungsprogramm verabschie-

det. Es wird nun darauf ankommen, dieses Programm in aller Schärfe gegen das „Weiter-So“ der CDU zu stellen. Wir wollen eine Mehrheit für Ordnung und Regeln an den internationalen Finanzmärkten. Wir wollen eine Mehrheit für gute Bildung und Erziehung und gegen Studiengebühren. Wir wollen eine Mehrheit für erneuerbare Energien und gegen Atomkraft. Wir wollen eine Mehrheit, die sich um die Menschen und ihre Arbeitsplätze kümmert und sich nicht mit Arbeitslosigkeit abfindet.

Unser Kanzlerkandidat hat auf dem Parteitag mit einem bemerkenswerten Aufbruchsignal die Köpfe und Herzen der Delegierten erreicht. Mit einer gemeinsamen Aufholjagd können wir es schaffen, dass wir am 27. September auch die Wählerinnen und Wähler gewinnen. Damit es in Deutschland auch künftig sozial und demokratisch zugeht ■

Herzlich,
Eure

Ute Vogt
SPD-Landesvorsitzende

IMPRESSUM

Verantwortlich:
Andreas Reißig
SPD-Landesverband Baden-Württemberg
Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
Fon 0711 619 36-31
Fax 0711 619 36-55
Email: andreas.reissig@spd.de
Internet: www.spd-bw.de

AUS DEM PARTEILEBEN



EIN JUNGER MUSS REIN

Anfang diesen Jahres haben sich in Böblingen junge Menschen – vor allem aus dem Evangelischen Jugendwerk, dem Stadtjugendring und dem Jugendgemeinderat – zusammengeschlossen, um eine kleine Unterstützerinitiative für Florian Wahl, der 2004 als 19-jähriger in den Böblinger Gemeinderat eingezogen war, zu organisieren. Nach kontroversen Diskussionen in Sachen Jugendpolitik war es ihnen ein Anliegen, dass mit ihm wieder ein Junger in den Gemeinderat einzieht. So haben sie auf Facebook, StudiVZ und SchülerVZ Unterstützergruppen gegründet sowie eine Homepage www.einfachflo.de online gestellt, um Mitstreiter für die Wiederwahl zu finden. Es wurde ein Flyer entworfen und Plakate gedruckt und es meldeten sich immer mehr Menschen, ob jung oder alt, die an dieser Initiative teilhaben wollten. Nach kurzer Zeit war die Initiative „Ein Junger muss rein – einfachFLO“ ein politisches Thema in der Stadt. Das erfreuliche Ergebnis am 7. Juni: Flo Wahl wurde als SPD-Stimmkönig in den Gemeinderat wiedergewählt. Eine Initiative, zur Nachahmung empfohlen!

BUNDESTAGSWAHL: FIT FÜR DEN STRASSENWAHLKAMPF

Der nächste Wahlkampf kommt bestimmt. Zur Bundestagswahl werden die Ortsvereine wieder engagiert für die SPD und unser Regierungsprogramm werben. Der Landesverband bietet dazu vier Workshops an, auf denen erarbeitet wer-

den soll, wie wir im Straßenwahlkampf mit vielen Menschen ins Gespräch kommen und wie wir unsere Botschaften dabei vermitteln können. Und weil Sommer ist, finden die Workshops dieses Mal samstags in schön gelegenen Naturfreundehäusern statt, so dass Freizeitaktivitäten gut mit der Arbeit verknüpft werden können. Termine und Orte sind:

25. Juli: Naturfreundehaus Himmereich, Heubach (Ostalb)

August: Naturfreundehaus Markelfingen, Bodensee

8. August: Naturfreundehaus Rahnenhof, Pfalz

15. August: Naturfreundehaus Feldberg, Schwarzwald

Die Teilnahme ist kostenlos. Anmeldungen und Informationen beim Landesverband, Tel.: (0711) 6 19 36-51, E-Mail: frank.gloel@spd.de.

**Gute Arbeit heißt für mich:
Ein Lohn, von dem man leben kann.**

REGIERUNGSPROGRAMM TRÄGT UNSERE HANDSCHRIFT

„Wir waren, wir sind und wir bleiben die Partei der Arbeit“, so hat es Frank-Walter Steinmeier den begeisterten Delegierten beim vergangenen Bundesparteitag zugerufen. In der Krise kämpfen wir um jeden Arbeitsplatz. Es ist immer besser Arbeit zu finanzieren als Arbeitslosigkeit. Vollbeschäftigung bleibt unser Ziel. Und es geht nicht um Arbeit um jeden Preis, sondern um „Gute Arbeit“, die Teilhabe sichert, fair entlohnt ist, Qualifikation und Gesundheit erhält und dem Grundsatz folgt: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ – egal ob von Frau oder Mann, Leiharbeiter oder Festangestelltem. Das Kapitel „Gute Arbeit sichern“ im Regierungsprogramm trägt damit die Handschrift der baden-württembergischen Impulse, die von der Projektgruppe des SPD-Landesvorstands entwickelt wurde. Eine unserer wichtigsten Forderungen: Die Neuregelung der Leiharbeit. Und klar: Wir stehen für Tarifautonomie, Mitbestimmung und starke Arbeitnehmerrechte!

Lars Castellucci,
Projektgruppe Gute Arbeit

FRIEDRICH EBERT STIFTUNG

KOMMUNALPOLITIK ONLINE LERNEN

Unter diesem Motto bietet die Friedrich-Ebert-Stiftung zwischen dem 5. Oktober und 22. November zwei vierwöchige E-Learning-Kurse zum praxisorientierten Erlernen des kommunalpolitischen Handwerks an. Beim E-Learning werden Kursinhalte online präsentiert, eigenständig erarbeitet und mit den Kursteilnehmenden diskutiert. So nutzen E-Lerner zeitlich und örtlich unabhängig multimedial aufbereitete Lehrmaterialien, betreut durch einen E-Tutor. In drei Modulen werden die Grundlagen der Bereiche „kommunale Aufgaben“, „kommunale Selbstverwaltung“ und „kommunale Finanzen“ vermittelt. Abgerundet wird der Onlinekurs durch ein abwechslungsreiches zweitägiges Präsenzseminar in der Region Stuttgart zum Austausch mit erfahrenen Kommunalpolitikern. Das E-Learning-Angebot richtet sich primär an neu gewählte Ratsmitglieder und Interessierte, die unter www.fes-kommcheckers.de weitere Informationen abrufen und sich anmelden können.

TERMINE JULI 2009

DONNERSTAG, 2.
Hauptamtlichenkonferenz mit Kajo Wasserhövel, Leinfelden-Echterdingen

FREITAG, 17.
Präsidium, Stuttgart
SGK-Landesvorstand, Stuttgart

SAMSTAG, 18.
ASF-Landesausschuss, Biberach

DIENSTAG, 21.
Umweltbeirat, Stuttgart

FREITAG, 24.
Landesvorstand, Stuttgart

SAMSTAG, 25.
ASJ-Landesvorstand, Konstanz

HERZLICHE GLÜCKWÜNSCHE

IM JULI

ZUM 80. GEBURTSTAG

an Paul Barb in Mannheim, Ulrich Bernzen in Walldorf, Kurt Bosch in Zaberfeld, Hermann Braun in Wiesloch, Rudolf Brauner in Waiblingen, Karl-Heinz Felgenhauer in Giengen, Gerhard Fritz in Blumberg, Elisabeth Furch-Krafft in Müllheim, Erich Gansel in Giengen, Karl-Heinz Gühne in Stuttgart, Heinz Hagenau in Künzelsau, Beta Kassel in Gernsbach, Erhard Keller in Stuttgart, Norbert Koch in Fichtenau, Georg Kraft in Blaustein, Gerhard Krämer in Mannheim, Werner Kreis in Stuttgart, Wilhelmine Kull in Biberach, Elke Linde in Biberach, Dietrich Matschulat in Rheinfelden, Magdalena Nett in Weinheim, Wolfgang Petersen in Bodelshausen, Felix Petry in Bietigheim, Werner Philipp in Crailsheim, Karl Pommerer in Kernen, Benedikt Quecke in Emmendingen, Jakob Reiter in Bad Säckingen, Ingeborg Riehle in Stuttgart, Helmut Roessler in Neudena, Wilhelm Schaefer in Radolfzell, Alfred Schmitt in Karlsruhe, Edwin Stephan in Altlußheim, Franz Stork in Offenburg, Elfrieda Stroheker in Stuttgart, Heinz Trautwein in Bruchsal, Günter Wagner in Malsburg-Marzell, Heloise Weber in Weinheim, Karl-Teodor Weiler in St. Blasien, Walter Weiß in Ispringen und an Lothar Zimmermann in Ostfildern

ZUM 90. GEBURTSTAG

an Walter Adler in Oberhausen-Rheinhausen, Marie Blasl in Plochingen, Albert Stein in Mosbach und an Paul Luszeck in Hockenheim

ZUM 95. GEBURTSTAG

an Rudolf Prigge in Heilbronn und an Otto Wallenmaier in Stuttgart

ZUM 96. GEBURTSTAG

an Friedrich Anritter in Stuttgart und an Olga Steinhausen in Lahr

ZUM 97. GEBURTSTAG

an Luise Haug in Esslingen

ZUM 98. GEBURTSTAG

an Gerda Knümann in Bodelshausen

zum 50. Parteijubiläum

an Ilse Büchel in Gernsbach, Peter Conradi in Stuttgart, Rudolf Ernst in Kuchen, Maria Grieshaber in Offenburg, Ruth Hopf in Mannheim, Herbert Laufer in Dunningen, Gisela Schmid in Ulm, Erich Siegrist in Karlsruhe und an Johanna Wehrlein in Mannheim

zum 60. Parteijubiläum

an Margarete Krenn in Stuttgart

DIE REFORM DER ERBSCHAFTSTEUER – EIN SCHRITT IN RICHTUNG SOZIALE GERECHTIGKEIT

Von Lothar Binding MdB, Mitglied im Finanzausschuss

Die SPD-Bundestagsfraktion hat bei der Reform der Erbschaftsteuer wichtige sozialdemokratische Ziele erreicht: Die Erbschaftsteuer bleibt erhalten, unser Steuer- und Sozialsystem wird insgesamt gerechter und solidarischer. Das neue Erbschaftsteuerrecht entlastet enge Verwandte und Menschen mit kleinen Erbschaften und sichert Arbeitsplätze in vererbten Unternehmen.

Ausgangspunkt der Reform war ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das die Gleichbehandlung aller Vermögensarten vorgegeben hat. Immobilien und Betriebsvermögen werden künftig nach Marktpreisen bewertet. Das Familienvermögen – „Omas kleines Häuschen“ – kann in der Regel weiter steuerfrei an Kinder und Enkel vererbt werden. Insbesondere nahe Verwandte profitieren von der deutlichen Anhebung der Freibeträge und einer günstigen Tarifstruktur.

Kluge Neuregelungen sorgen bei der Vererbung von Unternehmen dafür, dass der Erhalt der Arbeitsplätze und die Weiterführung des Betriebs im Mittelpunkt stehen. Auch Unternehmenserben erhalten – bei entsprechenden Gegenleistungen – Steuererleichterungen: Wenn sie die Arbeitsplätze im Betrieb im Wesentlichen erhalten, sind nur 15 Prozent des Betriebsvermögens zu versteuern. Die Steuer auf das restliche Betriebsvermögen entfällt schrittweise, wenn der Betrieb weitergeführt wird und die Lohnsumme der Beschäftigten über einem bestimmten Niveau liegt.

Bis 2015 werden in Deutschland fast 2500 Milliarden Euro an die nächste Generation weitergegeben. Alleine im Jahr 2007 wurden Vermögen in Höhe von mehr als 150 Milliarden vererbt. Die Steuereinnahmen in Höhe von etwa 4 Milliarden jährlich gehen an die Länder,

davon alleine 660 Millionen nach Baden-Württemberg.

Bislang öffnet sich trotz unserer guten Steuerpolitik die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter. Insbesondere die Erträge aus Vermögen entwickeln sich dramatisch auseinander, da die Vermögen sehr ungerecht verteilt sind. Die obersten 20 Prozent der Haushalte verfügen über mehr als 70 Prozent des Nettogesamtvermögens (das Bruttovermögen jedes Haushalts an Geld und Immobilien, vermindert um Verbraucherkredite und Baukreditschulden), die untersten 40 Prozent der Haushalte hingegen nur über etwa 1 Prozent. Dies hat gravierende Auswirkungen, denn Zugang zu guter Bildung und Gesundheitsversorgung oder soziale Aufstiegschancen hängen auch davon ab, wie viel Geld jeder Haushalt zur Verfügung hat.



Eine gerechte Besteuerung von Erbschaften und Schenkungen hilft dabei, Nachteile ungleicher Startchancen abzufedern. Ich bin daher froh, dass die Bundesländer die unverzichtbaren Einnahmen aus der Erbschaftsteuer gezielt in Bildung und Forschung sowie in zukunftsorientierte soziale und ökologische Projekte investieren können ■